

Hintergrund

Meinungen

Frauen können das
Ein katholischer Priester sagt, wie man das Priesteramt neu ausgestalten müsste **21**

Ruhig gestellt
Wie Hacker den umstrittenen Fernsehkoch Attila Hildmann zum Schweigen brachten **25**

Es ist gerechter, wenn wir am Eigenmietwert festhalten



Ein Systemwechsel bei der Besteuerung von Wohneigentum brächte vor allem den Rentnern Vorteile. Doch wir brauchen keine Luxusprobleme zu lösen für die Babyboomer. Sie stehen ohnehin auf der Sonnenseite, schreibt Markus Städeli

Die Zeit ist gekommen, eine unangenehme Wahrheit auszusprechen: Für die Mittelklasse ist der Traum vom Eigenheim geplatzt. Immobilien sind zum Luxusgut geworden, das sich nur noch Privilegierte leisten können. Lediglich wer einen sehr gut bezahlten Job hat, eine Erbschaft antreten kann oder überlange Pendelstrecken in Kauf nimmt, kommt heute noch zu den eigenen vier Wänden. Das mögen viele nicht so recht wahrhaben, weil sich früher ja auch Familien mit einem durchschnittlichen Einkommen eine Wohnung oder ein Haus kaufen konnten. Diese Zeiten sind passé. À jamais. Wenn immer die Rede von Wohneigentum ist, sollte uns also bewusst sein, dass wir von Maserati und Hermès sprechen, nicht von VW Golf oder Zara.

Ein Teil der privilegierten Immobilienbesitzer aber ist unzufrieden. Ausgerechnet jene, die vor ein paar Jahrzehnten noch die Möglichkeiten hatten, günstig ein Wohnobjekt zu kaufen - und dann jahrelang von fiskalischen Anreizen profitierten -, verlangen Änderungen bei der Besteuerung. Was ist ihr Problem? Sie erreichen das Rentenalter und haben ihre Hypotheken weitgehend abbezahlt. Schuldzinsen können sie somit nicht mehr von den Steuern abziehen, nur noch die Unterhaltskosten und wert-erhaltende Investitionen.

Geblichen ist den Babyboomern und der Generation vor ihnen aber der verhasste Eigenmietwert. Mit dieser theoretischen Grösse wird der Nutzen besteuert, den man daraus zieht, im Eigenheim zu wohnen. Das tönt abstrakt, ist aber nicht so schwierig zu verstehen: Würde man sein Haus vermieten, müsste man die Mieteinnahmen ja ebenfalls versteuern. Es handelt sich um eine Art Naturaleinkommen, so wie auch die private

Nutzung eines Geschäftsautos als Einkommen deklariert werden muss.

Der Streit um den Eigenmietwert ist ein politischer Evergreen. Schon im Jahr 2012 befand das Volk über die Initiative des Hauseigentümerverbands «Sicheres Wohnen im Alter»: Es verwarf sie. Die Unzufriedenen haben ihr Anliegen aber neu lanciert, über eine Kommissionsinitiative des Ständerats. Und siehe da: Diese Woche hat die kleine Kammer den Eigenmietwert effektiv eliminiert. Nur, auch die Befürworter sind sich bewusst, dass diese Vorlage so schlecht ist, dass sie ohne Änderungen im weiteren politischen Prozess chancenlos bleiben dürfte. Ein Musterchen: Der Ständerat will ein Mischsystem, das den Eigenmietwert am Hauptwohnsitz abschafft, ihn bei Ferienwohnungen aber beibehält. Doch wenn man zwei an sich schon komplizierte Steuersysteme miteinander kombiniert, wird die Lage gänzlich unübersichtlich. Auch dieser Anlauf, den Eigenmietwert abzuschaffen, könnte deshalb scheitern. Und das ist gut so!

Theoretisch steht einem Systemwechsel zwar nichts im Wege, es gäbe einfach neue Vor- und Nachteile. Der Schweizer Ansatz, den Eigenmietwert zu besteuern und im Gegenzug andere Steuerprivilegien zu gewähren, ist in sich stimmig. Die Abzugsfähigkeit von Unterhaltsarbeiten führt dazu, dass die meisten Immobilien tipptopp im Schuss sind. Das ist ein schöner Nebeneffekt. Zur Sorge Anlass gibt hingegen, dass die Verschuldung der Haushalte steigt und steigt - weil es sich ja nicht lohnt, Hypotheken abzuzahlen. Bei einem Systemwechsel gäbe es Gewinner, wie die Rentner, und Verlierer: all jene, die hohe Hypotheken ausstehend haben und dann die Schuldzinsen nicht mehr (ganz) abziehen könnten.

Der grösste Nachteil: Ein Wechsel zu einer anderen Steuerlogik wäre aufwendig und



Natürlich steigt die Steuerlast gerade von Pensionierten stark, wenn sie die Hypothek eines Hauses tilgen, das stark an Wert gewonnen hat. Aber sie können ja jederzeit neue Schulden aufnehmen. Oder ihr Haus mit einem satten Gewinn verkaufen.

müsste mit langen Übergangsfristen einhergehen. Wie stark die Steuereinnahmen einbrechen würden, wüsste man erst hinterher. Vor allem haben wir wichtigere Probleme zu lösen, die Ressourcen der Verwaltung sind begrenzt. Der Bundesrat formuliert es in seiner Stellungnahme auf die parlamentarische Initiative freundlich: Aus seiner Sicht stünden andere Steuerprojekte im Vordergrund, die «ein vergleichsweise günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis» aufwiesen.

Etwas weniger freundlich gesagt: Wieso sollen wir einen so grossen Aufwand betreiben, um ein Luxusproblem jener Generation zu lösen, der alles in den Schoss gefallen ist: nicht nur der Immobilienbesitz, sondern auch Renten, die von den Jüngeren mit Milliarden von Franken subventioniert werden? Natürlich steigt die Steuerlast gerade von Rentnern stark, wenn sie die Hypothek eines Hauses tilgen, das massiv an Wert gewonnen hat. Das ist unangenehm, aber die Betroffenen können ja jederzeit eine neue Hypothek aufnehmen. Oder das Haus mit einem satten Gewinn verkaufen.

Falls wir schon am Steuersystem herum-schrauben, sollten wir die steuerliche Bevorzugung von Wohneigentum eher verringern, als sie auszubauen: Ein Luxusgut für eine Minderheit staatlich zu fördern, ist zumindest fragwürdig. Und die Nationalbank hat in ihrer jüngsten Lagebeurteilung gerade wieder beklagt, die Hypothekarkredite und Wohnungspreise seien stark angestiegen. Insgesamt habe «die Verwundbarkeit weiter zugenommen», so die Währungshüter - wohlwissend, dass die schlimmsten Finanzkrisen immer vom Immobiliensektor ausgehen. Natürlich ist es vor allem die Nationalbank selbst, die mit ihrer ultralockeren Geldpolitik den Immobilienboom befeuert. Aber wir müssen ja nicht zusätzlich Öl ins Feuer giesen in Form von steuerlichen Anreizen.

Alles für den Vater

Carine Kanimba, Bankerin, kämpft für die Freilassung ihres Vaters Paul Rusesabagina. Jetzt wurde der Held aus dem Film «Hotel Rwanda» zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. Von Philipp Hedemann

Mit sieben Jahren verlor Carine Kanimba die Gewissheit, woher sie kommt. Sie erfuhr, dass Paul Rusesabagina nicht ihr leiblicher Vater, sondern ihr Onkel ist. Er hatte sie adoptiert, als die einjährige Carine zur Vollwaise wurde.

Jetzt, mit 28 Jahren, fürchtet sie, ihren Adoptivvater zu verlieren. Er ist wegen terroristischer Aktivitäten in der rwandischen Hauptstadt Kigali zu einer Haftstrafe von 25 Jahren verurteilt worden. Ausgerechnet er, der «Oskar Schindler von Afrika». Als Direktor des luxuriösen «Hôtel des Mille Collines» in der rwandischen Hauptstadt Kigali hatte Rusesabagina während des Genozids von 1994 rund 1200 Menschen das Leben gerettet. Hollywood erzählte die Geschichte nach, der Spielfilm «Hotel Rwanda» machte Rusesabagina 2004 weltbekannt.

Und jetzt soll dieser Held ein Terrorist sein? Keinesfalls, wehrt sich seine Tochter. Sie hat sich den Kampf für ihren zweiten Vater zur Lebensaufgabe gemacht. «Das Urteil bedeutet unserer Familie nichts, weil unser Vater ein politischer Gefangener ist», sagt Carine Kanimba nach der Verkündung des Urteils am Telefon. Die in einem Vorort Brüssels ansässige Investmentbankerin hält das Gerichtsverfahren für einen unfairen, politisch motivierten Schauprozess und kämpft mit ihrer Familie für die Freilassung von Paul Rusesabagina. Sogar ihren Job bei der amerikanischen Investmentfirma «Flat World Partners» hat sie dafür gekündigt. Sie sagt: «Wir wussten, dass es für meinen Vater kein faires Verfahren geben würde, und nun weiss es auch die Welt.»

Das Gericht in Kigali beurteilt das anders. Rusesabagina habe über die von ihm mitgegründete Gruppe Nationale Befreiungsfront (FLN) Kämpfer angeworben und in Rwanda Anschläge geplant. Tatsächlich ist Paul seit vielen Jahren ein erbitterter Gegner von



Mittlerweile fürchtet sie sich nicht nur um das Wohl ihres Vaters, sondern auch um ihre eigene Sicherheit.

Rwandas Präsident Paul Kagame. Dieser regiert das kleine ostafrikanische Land seit über 21 Jahren. Selbst Kritiker bescheinigen ihm, dass Rwanda seitdem enorme Entwicklungsschritte gemacht habe. Sie werfen ihm jedoch vor, autokratisch zu regieren und politische Gegner im eigenen Land und im Exil zu verfolgen und kaltzustellen. Einer der lautesten: Paul Rusesabagina, und mit ihm seine Tochter - Carine Kanimba, die ihren Stiefvater für Kagames prominentestes Opfer hält.

Dabei könnte sich die selbstbewusste und grossgewachsene Frau auf ihre Karriere konzentrieren. Wichtiger als die Mehrung des Vermögens ihrer Kunden, ist ihr jedoch der

Kampf für die Freiheit ihres Vaters. Sie wirft der Regierung vor, Paul Rusesabagina aus den USA entführt, gefoltert, in Isolationshaft gesteckt und in einem politisch motivierten Prozess abgeurteilt zu haben, um ihn zum Schweigen zu bringen. Rusesabagina hat Krebs überlebt und leidet an Bluthochdruck. Er wäre 92 Jahre alt, wenn er seine Strafe abgesessen hätte.

Carine Kanimba war ein Jahr alt, als ihre leiblichen Eltern ermordet wurden: Zwei von mindestens 800 000 Tutsi und gemässigten Hutu, die vor 27 Jahren beim Genozid in Rwanda in nur hundert Tagen niedergemetzelt wurden. Die Mörder trieben Kanimbas Familie auf die Strasse, dann eröffneten sie das Feuer. Ihre ältere Schwester fing hysterisch an zu lachen, weil sie das erst für ein Spiel hielt, ihr Vater starb, ihre Mutter überlebte das Massaker, wurde jedoch später aus ihrem Haus gezerrt und kam nie wieder. So wurde es Carine Kanimba erzählt, als sie erfuhr, dass ihre Eltern nicht ihre Eltern sind.

Zusammen mit ihren Adoptiveltern verliess sie das Land, in dem ihre leiblichen Eltern getötet wurden, wuchs in Belgien und den USA auf, besuchte gute Schulen und Universitäten. Inzwischen macht sie über Social-Media-Kanäle und Gespräche mit Menschenrechtsaktivistinnen Politikern und Journalisten Druck, ihren Adoptivvater aus dem rwandischen Gefängnis zu bekommen. Dabei geriet sie womöglich - wie zuvor ihr Adoptivvater - ins Visier der rwandischen Regierung. Forensiker stellten fest, dass ihr Handy mit der israelischen Spionage-Software Pegasus infiziert war. Mehrere autokratische Regierungen hatten damit Oppositionelle überwacht. Mittlerweile fürchtet sie nicht nur um das Wohlergehen ihres Vaters, sondern auch um ihre eigene Sicherheit. Sie sagt: «Sie haben meinen Vater entführt und ihn gefoltert. Es gibt deshalb keine Garantie, dass sie das nicht auch mit mir machen.»

Weiterkämpfen will sie trotzdem.

